Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Barev. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 172 | Freitag, den 22. Juni | Jahrgang 1928

Annäherung in einer Parteiführerbesprechung.

Die Deutsche Volkspartei gibt nach.

Stresemann auf Urlaub.

Von unserer Berliner Redaktion.

● **Berlin,** 21. Juni. (Drahtb.)

Zehn Tage verhandelt nun schon der mit der Regierungsbildung beauftragte sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken mit den Parteien und gerade der heutige zehnte Tag seiner Bemühungen hat ihn auf und nieder in den Verhandlungen gebracht, die eine erneute Bestätigung dafür sind, daß bei jeder Regierungskrise mit Ueberraschungen gerechnet werden muß. Ein Blick in die Berliner Abendpresse vom Donnerstag mußte den Eindruck erwecken, als ob es mit den Bemühungen Müller-Frankens um die Schaffung der Großen Koalition endgültig aus sei. Das dem Müller-Franken nahestehende Parteiblatt, der „Vorwärts", stellt in seiner Abendausgabe fest: „Scholz sprengt die Verhandlungen." In der Tat hatte es bis in die ersten Nachmittagsstunden den Anschein, als ob nicht nur eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu erreichen sei, sondern als ob vielmehr die Gegensätze gerade heute in schärfster Weise aufeinander geplatzt seien. Es hieß, Müller-Franken sei bereits entschlossen, dem Reichspräsidenten über den Fehlschlag seiner Bemühungen zu berichten. Da wurde plötzlich bekannt, daß Müller nach einer Besprechung mit dem Staatssekretär Meißner eine Sitzung der Parteiführer einberufen hatte, diesmal aber nicht das schwerfällige Gremium der 22 Fraktionsvertreter, sondern lediglich die Führer der Fraktionen. Diese Besprechung dauerte nur kurze Zeit, und sie bestätigte den Eindruck, den man schon seit Tagen haben mußte, daß in kleinerem Kreise die Schwierigkeiten viel rascher zu beheben sind. Denn nach Schluß der Besprechung konnte man bereits feststellen, daß der Optimismus wieder die Oberhand gewonnen hatte. Ueber Dinge, die noch bis 14 Uhr als absolut unüberwindlich schienen, kam man im engeren Kreise offenbar sehr rasch, wenn auch noch nicht zu einer abschließenden Verständigung, so doch zu einer weiteren Annäherung der Auffassungen.

Es handelt sich dabei in der Hauptsache um vier Punkte. Erstens um die Frage der Angleichung der preußischen Regierung an die beabsichtigte Große Koalition im Reich. Hier hatte es den Anschein, als ob die Deutsche Volkspartei, die heute vormittag wieder erneut ihr starres Festhalten an der sofortigen Umbildung der preußischen Regierung betont hatte, nun doch endlich bereit sei, sich mit den persönlichen Erklärungen der übrigen Parteiführer abzufinden und die Frage der Umbildung der preußischen Regierung „zur gegebenen Zeit", also praktisch wohl erst im Herbst, zur Entscheidung zu bringen. Die zweite Schwierigkeit ist die Festsetzung des Verfassungstages als Nationalfeiertag. Hier vertrat die Deutsche Volkspartei als einzige der für die Regierung in Aussicht genommenen Parteien einen abweichenden Standpunkt. Es scheint aber, als ob namentlich der Hinweis darauf, daß auch die Bayrische Volkspartei mit der Feier des Verfassungstages einverstanden ist, vorausgesetzt, daß die von uns schon erwähnten Erleichterungen für die Landwirtschaft gesichert sind, bei der Deutschen Volkspartei nun doch etwas Eindruck gemacht hat, daß sie nicht mehr unbedingt auf ihrer Weigerung bestehen bleibt. Das gleiche gilt von dem dritten Punkt, der in der heutigen Besprechung eine Rolle spielte: Die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Hier schien die Auffassung der Sozialdemokratie einerseits und der Deutschen Volkspartei andererseits sich nicht in Einklang bringen zu lassen. Es dürfte aber, wie jetzt verlautet, auch hier eine Einigung in Aussicht stehen etwa auf der Grundlage, daß die neue Regierung alsbald in eine „Prüfung der Frage der Erhöhung des Existenzminimums im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten" eintreten will. Auch der vierte Punkt, der Panzerkreuzer, scheint keine unüberwindliche Schwierigkeit mehr darzustellen. Die Deutsche Volkspartei dürfte, wie man hört, sich nicht mehr auf ihre Forderung versteifen, wonach „der Bau des neuen Panzerkreuzers sofort beschlossen und dies auch in der Regierungserklärung mitzuteilen sei". Man wird diese Schwierigkeit wohl dadurch beseitigen, daß man die Entscheidung über den Bau des Panzerkreuzers hinausschiebt bis zu den nächsten Etatsberatungen. Ueber die hier erwähnten Punkte wird die Fraktion der Deutschen Volkspartei noch einmal in einer Sitzung am Freitag vormittag sich beraten, da Müller-Franken eine endgültige Antwort von der Deutschen Volkspartei bis Freitag um 12 Uhr zu erwarten hat. Zu diesem Zeitpunkt treffen die Parteiführer noch einmal bei ihm zusammen, und man hofft, daß in dieser Sitzung die sachlichen Voraussetzungen der Regierungsbildung wohl endgültig geklärt werden dürften.

Die Schulfrage hat in der heutigen Besprechung keine entscheidende Rolle mehr gespielt. Man glaubt eine Formulierung zu finden, die allen beteiligten Kreisen gerecht wird.

Erwähnt sei noch, daß man in den Wandelgängen des Reichstags davon spricht, Müller-Franken habe in der Parteiführerbesprechung Andeutungen in der Richtung der Weimarer Koalition als Ausweg nach Scheitern der Verhandlungen über die Große Koalition gemacht, Herr v. Guérard habe aber erklärt, daß das Zentrum die Weimarerer Koalition nicht mitmachen würde. Es wird behauptet, daß auch der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Dr. Koch, sich diesem Standpunkt angeschlossen habe. Als ein Symptom der Entspannung gegenüber der Lage vom Vormittag wird im Reichstag die Tatsache gewertet, daß Reichsminister Dr. Stresemann heute abend seinen Urlaub antritt, den er auf etwa acht Wochen berechnet hat. Dr. Stresemann wird zunächst in ein Sanatorium in der Nähe von Baden-Baden gehen, um dann die zweite Hälfte seines Urlaubs in Karlsbad zu verbringen. Er hat dem Reichspräsidenten im Laufe des Tages seinen Abschiedsbesuch gemacht.

Zaleskis Entgleisungen.

Polnische Unverständlichkeiten.

÷ **Berlin,** 21. Juni. Die Aeußerungen, die der polnische Außenminister Zaleski in der „Epoka" über die deutsch-polnischen Beziehungen, die Rheinlandfrage und die Revision der Friedensverträge gemacht hat, haben in Berliner diplomatischen Kreisen peinliches Aufsehen erregt.

So wird es als geradezu unverständlich bezeichnet, wenn Zaleski die deutsche Forderung auf Revision der Friedensverträge als eine Handlung gegen den Frieden selbst bezeichnet. Bekanntlich ist ja nicht nur Deutschland, sondern auch ein großer Teil des Auslandes sich darin einig, daß die Friedensschlüsse von Versailles, Trianon und Neuilly auf die Dauer nicht haltbar sein werden. Wenn er des weiteren in der Rheinlandfrage der Ansicht sei, daß die Räumung der Rheinlande mit den Reparationszahlungen oder gar mit einem Ostlocarno zusammenhänge, so sei darauf hinzuweisen, daß die Rheinlandräumung durch keinen Artikel irgendeines Vertrages mit den Ostfragen in Beziehungen gesetzt werden könne und daß Deutschland ein Ostlocarno für überflüssig halten müsse, schon weil im Locarnoabkommen Deutschland ausdrücklich darauf verzichtet hat, eine Revision dieser Grenzen auf dem Wege der Gewalt oder gegen den Willen der polnischen Regierung herbeizuführen. Weitgehendere Zusicherungen könne man Polen gegenüber wohl kaum machen.

In der Frage der Beziehung der Dawespflichtungen zur Rheinlandräumung müsse man darauf aufmerksam machen, daß der Dawesplan die Sicherheiten für seine Arbeiten in sich selbst trüge. Er stände daher in keinerlei Beziehung zur Frage der Rheinlandräumung. Sicherheiten über die im Dawesplan vorgesehenen hinaus seien überflüssig.

Auf das schärfste müsse es aber zurückgewiesen werden, wenn Zaleski der Hoffnung Ausdruck geben könne, daß die künftige deutsche Regierung aus Leuten bestehen würde, für die die Erhaltung des Friedens ein Gebot ihres politischen Bekenntnisses darstelle. Hier sei darauf zu verweisen, daß Herr Zaleski offenbar vergesse, daß die Außenpolitik bisher von Stresemann geführt worden ist, der für seine Friedensliebe die höchste Auszeichnung erhalten hat, die hierfür in der Welt überhaupt vergeben werden kann, nämlich den Nobelpreis. Da die Aussicht bestehe, daß Stresemann auch weiterhin deutscher Außenminister bleiben werde, könne in derartigen Aeußerungen Zaleskis nur eine unverständliche Entgleisung gesehen werden.

Eine französische Stimme.

)!(**Paris,** 21. Juni. „Paris Soir" schreibt zu den Veröffentlichungen Zaleskis in der „Epoka": Der Lärm, den die kürzlichen Erklärungen Zaleskis in den Regierungskanzleien gemacht habe, sei noch nicht verstummt. Der polnische Außenminister scheint sich endlich darüber klar zu werden, daß seine „ungereimte Tätigkeit", nachdem sie die Kabinette von Paris und London überrascht hätte, nunmehr Gefahr laufe, gegen Warschau einen deutsch-russischen Block zusammenzuschweißen, mit dem Polen ernstlich rechnen müsse. Um den Eindruck seiner Pariser Reise abzuschwächen, hätte Zaleski die Veröffentlichung in der „Epoka" vorgenommen, was letzten Endes nichts anderes sei als eine neue Bekräftigung seiner früheren Erklärungen.

★

Für Festsetzung der Dawesendsumme.

× **Paris,** 21. Juni. Der radikalsozialistische Außenpolitiker und Abgeordnete Jean Montigny beschäftigt sich in der „Information" mit der Frage einer Revision des Dawesplanes und bezeichnet es als nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch der Alliierten gelegen, den Dawesplan durch die endgültige Festsetzung der Reparationssumme sicherzustellen. Dies sei auch die Vorbedingung für jede Verwertung der Eisenbahn- und Industrieobligationen. Die endgültige Festsetzung der deutschen Schuld und der Uebergang der Kontrolle über die Eingänge des Dawesplanes von der Reparationskommission auf die deutsche Regierung werde ihre Unterbringung in der Oeffentlichkeit ermöglichen. Diese Abänderung des Dawesplanes setze allerdings eine Einigung unter den Alliierten und damit eine neue internationale Konferenz voraus. Fraglich sei allein, wie man die Verbindung dieser europäischen Frage mit der Frage der Schulden an die Vereinigten Staaten verquicken könne.

Die Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als Montigny in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen wird, um Material für die Frage der Revision des Dawesplanes zu sammeln. Montigny gehört bekanntlich dem außerhalb der Kammer gebildeten Ausschuß an, der sich die Untersuchung der deutsch-französischen Fragen zum Ziele gesetzt hat und dem eine Anzahl von Abgeordneten der französischen Mittelpartei angehört. Montigny gilt als Freund Caillaux'.

Das Verschwinden Amundsens.

Die Ansicht Wilkins' und Eielsons.

¶ **Oslo,** 21. Juni. Die beiden Polarflieger Wilkins und Eielson sind im Laufe der Nacht in Bergen eingetroffen. Sie erklärten, sie fürchteten durchaus nicht für das Schicksal Amundsens. Sie seien sogar darauf gefaßt, daß sie noch einige Tage nichts von ihm hörten. Inzwischen setzten die Blätter die Diskussion über das Schicksal Amundsens fort. Es ist dabei auch an einer Stelle von einer privaten Unterhaltung die Rede, in der Amundsen vor seiner Abfahrt über die „Italia"-Besatzung sprach und dabei ganz besonderes Interesse für das Schicksal der Gruppe an den Tag legte, die mit dem Ballon weggetragen wurde und deren wahrscheinliche Lage die größte Besorgnis erweckt hat. Die Zeitung, die diese Unterredung wiedergibt, betont, daß Amundsen die Absicht gehabt habe, einen direkten östlichen Kurs einzuschlagen und glaubt, daß er irgendwo auf dem Meere niedergegangen sei. Der Spitzbergenforscher Hoel, der auf dem russischen Eisbrecher „Krassin" als Sachverständiger tätig sein wird, erklärte, die Lage beginne beunruhigend zu werden. Es sei sehr wahrscheinlich, daß ein Teil des Luftschiffes in das offene Polarmeer zwischen dem Nord-Ostland und Franz-Joseph-Land hinausgetrieben worden sei. Hoel glaubt nicht, daß der Eisbrecher „Krassin" sich an den Nachforschungen nach Guilbaud und Amundsen beteiligen werde. Diese Aufgabe falle eher dem russischen Eisbrecher „Malygin" zu, der sich bereits in jener Gegend befinde. „Aftenposten" veröffentlicht eine Nachricht aus Kingsbay, in der die Vermutung ausgesprochen wird, daß Amundsens und Guilbauds Flugzeug „Latham" die Richtung nach dem Franz-Joseph-Land eingeschlagen habe.

★

Mit den zuversichtlichen Aussagen der beiden Polarflieger ist man über Amundsens Schicksal noch nicht beruhigt, wenn man auch gern hört, daß die Nachricht von der Notlandung im Polarmeer verfrüht war. Amundsen ist Montag vormittag gegen 4 Uhr in Tromsoe aufgestiegen, ist also schon seit mehr als 96 Stunden verschollen. Das französische Lathamflugzeug, mit dem er flog, hat zwei Motoren mit zusammen 1000 Pferdekräften. Es ist dadurch zum mindesten gegen geringfügigere Motorenschäden gesichert. Das Flugzeug hatte für 30 Stunden Betriebsstoff an Bord und muß demnach jetzt bestimmt niedergegangen sein. Sollte es dabei keinen Schaden genommen haben, so wäre nicht begreiflich, warum seine Radiostation nicht gehört wird. Eine Notlandung ist daher die wahrscheinlichste Annahme. Im günstigeren Fall haben die Flieger eine Eisscholle erreicht. Sind sie dagegen, wie zum Teil behauptet wird, östlich, in Richtung Franz-Josephsland geflogen, so muß man mehr mit einem Niedergehen auf offenem Wasser rechnen und das Schlimmste befürchten. Denn Flugboote, die lange einer rauhen See standhalten können, gibt es noch nicht. Wenn Amundsen die vom Nobileluftschiff weitergetragene Mannschaftsgruppe wohlbehalten erreicht hätte, so hätte er sicher Nachricht gegeben.

★

Französische Kriegsschiffe suchen.

:: **Paris,** 21. Juni. Der Marineminister hat den Kreuzer „Straßbourg" und den in Oslo befindlichen Aviso „Quentin Roosevelt" angewiesen, nach Spitzbergen auszulaufen, um dort mit Gilbauth und Amundsen in Verbindung zu treten und gegebenenfalls Nachforschungen nach dem Flugzeug anzustellen.

Absendung eines norwegischen Regierungsdampfers.

!! **Oslo,** 21. Juni. Das Verteidigungsministerium erteilte dem Regierungsdampfer „Michael Sars", der jetzt an der Bäreninsel zwischen Spitzbergen und Norwegen liegt, die Anweisung, ostwärts nach dem vermißten französischen Flugzeug „Latham" zu suchen. Der Dampfer soll alle norwegischen Robbenfänger um Informationen über das Flugzeug befragen und sie anweisen, Ausschau zu halten. Das Ministerium hat alle Dampfer zwischen Norwegen und Spitzbergen aufgefordert, ebenfalls scharfen Ausflug nach dem Flieger zu halten und hat ferner den russischen Eisbrecher „Malyguin" über das verschollene Flugzeug unterrichtet. Die Frage weiterer Nachforschungen nach dem vermißten Flugzeug wird gegenwärtig

(Siehe auch 2. Seite.)

Eine Freude im Verdruß.

Daß der Sozialdemokrat Hermann Müller-Franken auch heute mit seiner Regierungsbildung noch nicht fertig geworden ist, ist sozusagen selbstverständlich. Und daß uns morgen schon eine Liste der Kabinettsmitglieder präsentiert wird, erwartet niemand. Wir wohnen einer außerordentlich schweren Geburt bei. Schon tagelang hören wir von den Wehen, und zaghaft fragen wir uns, ob das Kollegium der zweiundzwanzig Aerzte, aus dessen Verhandlungssaal es heute optimistisch und morgen vielleicht wieder pessimistisch hinausklingt, wohl das Kindlein zur Welt bringen wird. Wenn der Chefarzt, dessen ehrliches Bemühen um die Durchführung des ihm erteilten Auftrags anerkannt sei, den schwierigen Akt verkehrt anfängt, und die um ihn versammelten Kollegen, Vertreter von fünf verschiedenen Richtungen, sich nicht darüber einigen können, wie verfahren werden soll, wenn man über den Wirrwarr der sachlichen Voraussetzungen das Vertrauen zu den vielleicht in Frage kommenden Persönlichkeiten vergißt, worauf es doch vor allem ankommt, dann kann, sollte doch noch die Geburt zum Abschluß gebracht werden, nur ein kränklicher Bastard oder aber ein Wunderkind uns im Vorzimmer Harrenden beschert werden. Hoffen wir auf ein ruhiges, schönes Wunderkind! Auf ein Wunderkind von solcher Ausgeglichenheit und Anmut, daß jedermann, der nicht gerade auf der deutschnationalen Okarina oder der kommunistischen Blechtrompete die begonnene Legislaturperiode des Reichstags begleitet, erbaut und entzückt ist.

Wenn man aber wie die Verwandtschaft des Kandidaten Jobses nach bedeutungsvollen Vorzeichen für die Zukunft des erwarteten Kindleins ausschaut, dann wird man zum mindesten eins finden, das wirklich nicht schlecht ist: Von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei herrscht jetzt Uebereinstimmung darüber, daß unser Wahlrecht reformbedürftig ist, daß insbesondere Wähler und Gewählte wieder in ein engeres Verhältnis gebracht werden müssen. Dieser Meinung sind andere Leute zwar schon seit längeren Jahren, aber die größere Zahl derjenigen, auf die es bei der Frage vor allen Dingen ankommt, wollten es nicht wahr haben, daß ausgerechnet das Wahlsystem, mit dem sie in den Reichstag gelangt sind, so übel sei, daß es abgeändert werden müsse. Nun auf einmal ist auch ihnen die Erleuchtung gekommen. Ueber den Panzerkreuzer, den Verfassungstag, über Steuerfragen und andere Dinge verhandeln sie nun schon tagelang miteinander, über die Wahlrechtsfrage, die früher garnicht in Fluß kommen wollte, sind sie im Handumdrehen einig geworden.

Viele Leute wünschen die Wiederkehr des alten Reichstagswahlrechts mit Stichwahl und Nachwahl, falls ein Mandat durch den Tod oder Verzicht seines Inhabers frei wird. An eine so weit gehende Aenderung ist aber nicht zu denken. Die Verhältniswahl wird durch die Verfassung vorgeschrieben, und es würde der für ein verfassungsänderndes Reichsgesetz notwendigen Zweidrittelmehrheit bedürfen, wollte man sie abschaffen. Jede Erörterung von Vorschlägen, die den Artikel 22 der Reichsverfassung abändern wollen, ist zwecklos. Mit einer Annahme solcher Vorschläge im Reichstag ist nicht zu rechnen. Aber auch wenn die Abgeordneten weiterhin nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden, braucht nicht der jetzige Wahlmodus beibehalten zu werden. Abgeändert werden kann der Umfang der Wahlkreise. Sie sind zu groß. Abgeändert werden kann auch das System der langen Listen. Oder wenn man es beibehalten und auch die Wahlkreise nicht verkleinern will, dann muß wenigstens die Vorschrift fallen, daß die Kandidaten in der Reihenfolge, wie sie auf den Listen plaziert, nach Maßgabe der auf diese entfallenden Stimmen gewählt sind.

Letzteres würde die Abkehr vom System der gebundenen zum System der ungebundenen Listen sein. Auch dabei würden die Parteien den Wählern Wahlvorschläge mit einer Reihe von Namen präsentieren. Aber der Wähler könnte sich die Leute, denen er sein besonderes Vertrauen schenken will, aussuchen. Dann würden diejenigen Kadidaten ohne weiteres gewählt sein, die die für ein Mandat notwendige Stimmenzahl erhalten haben. Ueberschüssige Stimmen kämen denen zugute, die weniger erhalten haben, und zwar immer in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die für sie abgegeben worden ist. Hat in einer Reihe von Kandidaten derselben Partei jeder einzelne für sich genommen nicht die Stimmenzahl, die zur Wahl erforderlich gewesen wäre, auf sich vereinigt, obwohl die auf alle Kandidaten zusammen entfallene Stimmenzahl ausreicht, um einen Sitz zu erringen, so werden die Stimmen aller andern Kandidaten mit für denjenigen gezählt, dem die meisten Stimmen zugefallen sind. Die auf die übrigen entfallenen Stimmen werden also auf den letztern übertragen. Nach diesem System ist vor dem Kriege die Hamburger Bürgerschaft gewählt worden. Und man muß sagen, daß es viel für sich hat. Vor allem ist wesentlich daran, daß nicht mehr wirtschaftliche Interessengruppen in den Parteiausschüssen das maßgebende Wort reden, sondern daß es bei dem Wahlerfolg allein auf die Wähler ankommt.

Dem Wunsch der Wählerschaft in allen Parteien dürfte aber doch mehr die Schaffung kleinerer Wahlkreise mit weniger Abgeordneten entsprechen. In den beiden Wahlrechtsnovellen von 1924 wurde dieser For-

...chmackvolle
...el
...drigen Preisen
...äßt am Platze.
...rmeister
...hts v. Bahnhof.

...nwetter
...haut
...n, D. R. G. M. von ...u. Peterinen f. Damen ..., unverwüstlich, wasserdicht zur Selbstanfertigung gratis! Als Notleinen Stck. Mk. 2,50 ...rdichte Bekleidung ...den, Mathildenstr. 56.

Tischtuchkrepp
hochweiß, Damast, 80, 100 und 120 cm Breite, lieferbar auch in Rollen von 5, 10 u. 20 Kilo Schwere.
Heinr. Buschmann, Münster, Druddel 17/18

...linden Sie bei
...en Jos. Homeyer,
Münster i. W.,
Wolbecker Str. 2
Nähe des Bahnhofs.

derung Rechnung getragen. Zugleich sollten die Listen nur noch zwei Namen enthalten. Dr. Külz wollte in seinem Entwurf 227 Wahlkreise von durchschnittlich nicht mehr als 275 000 Einwohnern schaffen. In jedem Wahlkreise sollte jede Partei nur je einen Kandidaten aufstellen. Da aber damit zu rechnen sein würde, daß nur verhältnismäßig selten ein Kandidat in seinem Wahlkreis die zur Erlangung eines Mandats notwendige Zahl von 60 000 Stimmen aufbrächte, sollten die Wahlkreise in Wahlkreisverbände zusammengefaßt werden. Jede Partei würde dann in jedem Wahlkreisverband soviel Abgeordnete durchbringen, wie sie ein Vielfaches von 60 000 Stimmen erhält und nach der Reihenfolge der erlangten Stimmenzahl würden die Mandate zugeteilt werden. Der verbleibende Rest würde der Reichsliste zugute kommen.

Man könnte indes auch auf die Reichsliste verzichten, ebenso auf die Wahlkreisverbände. In diesem Falle müßten bei Beibehaltung der von Dr. Külz in Aussicht genommenen Einerwahlkreise die Stimmen jeder Partei im ganzen Reiche zusammengezählt werden. Jede würde soviel Abgeordnete erhalten, wie die Teilung der im ganzen erlangten Stimmenzahl durch 60 000 ergibt, und die so errechneten Mandate würden in der Reihenfolge auf die Kandidaten verteilt werden, wie für sie Stimmen abgegeben worden sind. Wer 60 000 Stimmen bekommen hat, würde selbstverständlich ohne weiteres gewählt sein, und wer sich 50 000 Stimmen gesichert hat, würde eher Anrecht auf ein Mandat haben, als diejenigen die weniger Stimmen auf ihren Namen vereinigt haben. Je stärker also eine Partei in einem Wahlkreise ist, desto größer sind bei diesem System ihre Aussichten, einen Abgeordneten zu bekommen. Und jeder Abgeordnete würde wieder seinen Wahlkreis erhalten. Die Wahlkreise allerdings würden stets durch mehrere Abgeordnete im Reichstag vertreten sein, da man ja bei 275 000 Einwohnern wohl mit etwa 180 000 Wahlberechtigten rechnen müßte. Aber es würde ja durchaus nicht schaden, wenn einen Wahlkreis drei Abgeordnete verschiedener Parteien im Reichstag vertreten würden, ebensowenig wenn es zwei oder drei von derselben Partei wären.

Auch ohne Verfassungsänderung läßt sich sonach das geltende Wahlrecht unschwer reformieren. Und wenn das Wunderkind mit dem Kopf Müller-Frankens wirklich das Licht der Welt erblicken sollte, so möchte man wünschen, daß es recht bald die Freude der Wählerschaft durch eine Wahlrechtsnovelle erregt, die so oder so dem jetzigen unerträglichen System ein Ende bereitet.

Kein Sturz der württembergischen Regierung.

)!(**Stuttgart**, 21. Juni. In der heutigen Nachmittagssitzung des Landtages wurden die demokratischen und sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen die Gesamtregierung mit 40 Stimmen der Rechten, des Zentrums und des christlichen Volksdienstes gegen 34 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten bei vier Stimmenthaltungen der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt und der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Bazille, da zwei Mitglieder der Oppositionsparteien fehlten, zurückgezogen. Der Landtag hat sich hierauf vertagt.

Wahl des Präsidiums des Bayrischen Landtags.

München, 21. Juni. Bei fast vollbesetztem Hause, überfüllten Tribünen, jedoch vor leeren Regierungsplätzen nahm der neugewählte Bayrische Landtag in seiner heutigen Eröffnungssitzung die Wahl des Präsidiums vor. Zum Präsidenten wurde wieder der Abgeordnete Dr. Königsbauer von der Bayrischen Volkspartei, zum ersten Vizepräsidenten Abgeordneter Auer (Soz.) und zum zweiten Vizepräsidenten Abgeordneter Hartmann (Bayrischer Bauern- und Mittelstandsbund) gewählt.

Die Gesamtfraktion der Bayrischen Volkspartei hat das von ihrem Vorstand ausgearbeitete Programm für die Regierungsbildung am Donnerstag gebilligt und die Fraktionsleitung ermächtigt, nunmehr auf der Grundlage dieser Richtlinien die Verhandlungen mit anderen Fraktionen zur Herstellung einer Koalition aufzunehmen.

Die Landtagsgruppe der Deutschen Volkspartei im Bayrischen Landtag beschloß nach längeren Beratungen, eine vollkommen selbständige Politik zu treiben. Da ihr zur Fraktionsbildung ein Abgeordneter fehlt, führte sie mit andern Fraktionen Verhandlungen, um in den Ausschüssen eine Vertretungsmöglichkeit zu erlangen. Sie schloß sich als Gruppe dem Bayrischen Bauern- und Mittelstandsbund an, hält aber ihre Gruppensitzungen getrennt von den Fraktionssitzungen des Bauernbundes ab.

Preußischer Staatsrat.

)) **Berlin**, 21. Juni. Der Preußische Staatsrat stimmte den Ausführungsbestimmungen zum Tierärztekammergesetz und der Wahlordnung für die Tierärztekammer zu. Hierauf fand Annahme der Ausschußantrag, worin der Staatsrat die Erwartung ausspricht, daß die in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe und Finanzierungsvorschläge zur Regulierung der hochwassergefährlichen Flüsse Schlesiens, insbesondere der durch die Hochwasser der letzten Jahre am schwersten betroffenen Flußgebiete der Bartsch und Weistritz alsbald vorgelegt werden. Am Freitag will der Staatsrat seinen Sitzungsabschnitt beenden.

Sauerwein über die Räumungsfrage.

Zum Komplex der Räumungsfragen äußerte sich Jules Sauerwein in der Wiener „Neuen Freien Presse" wie folgt:

„Wenn die französische Regierung die ihr jetzt sich bietende Gelegenheit faßt und die Annäherung zwischen den beiden Staaten ermöglicht, dann wird auch die deutsche Sozialdemokratie Vorteile daraus ziehen, die ihr gewiß zugute kommen werden. Es wurde in den vergangenen Monaten immer wieder erklärt, daß am Tage einer allgemeinen Regelung der Schulden- oder Reparationsfragen Frankreich nicht noch vor dieser gänzlichen Räumung, die nur auf Grund äußerst schwieriger und verwickelter Abmachungen erfolgen kann, nunmehr aus eigener Initiative die erst für den Januar 1930 vorgesehene Räumung von Koblenz vorschlagen könnte. Die französische Regierung wird sich zweifellos mit diesem Problem nach dem Zusammentritt der Kammer zu beschäftigen haben, und wenn es möglich ist, eine günstige Entscheidung zu treffen, dann wäre dadurch die Stellung des deutschen Linkskabinetts gestärkt."

Aus dieser Darlegung geht hervor, wenn das Deutsche Reich schwere finanzielle (und ostpolitische) Opfer bringt, so würde Frankreich, — wenn möglich — Räumungen vornehmen, aber beileibe nicht die Räumung von Rhein und Saar, sondern von — Koblenz! — Deutlicher kann man nicht sein.

Durch ein Filmmanuskript verraten?

Sensationelle Funde in einer Mordaffäre.

Berlin, 20. Juni. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sich, wie kurz gemeldet, zu zwei Verhaftungen entschlossen, die das Rätsel um einen der geheimnisvollsten Berliner Kriminalfälle der letzten Jahre zu lichten geeignet sind. Beamte der Kriminalpolizei erschienen in der Wohnung des Großkaufmanns Johannes Gleißner in Lichterfelde-West, sowie in der Wohnung der Witwe des unter geheimnisvollen Umständen verstorbenen Großkaufmanns Hugo Pernetta in der Alexanderstraße und nahmen beide unter dem dringenden Verdacht, Pernetta im Mai 1927 ermordet zu haben, fest.

Es handelt sich um die Klärung der Frage, ob der in Berlin wohnende Obstgroßhändler Carlo Pernetta in nervöser Ueberreizung Selbstmord verübt hat,

nachdem er seinen eigenen Fall in Form eines Filmmanuskriptes niedergeschrieben

hatte, oder ob er auf Grund des von ihm verfaßten Mordfilms, der einen von dem Toten mit eigener Hand geschriebenen Abschiedsbrief enthielt, in raffiniertester Weise von seiner Frau und seinem Geschäftsfreunde, dem Obstgroßhändler Gleißner-Lichterfelde, ermordet worden ist.

Gleißner verkehrte im Hause Pernettas und es wird behauptet, daß er zu Frau Pernetta seit längerer Zeit Beziehungen hatte. Tatsächlich hat der verstorbene Fruchtgroßhändler Pernetta dem Gleißner wiederholt größere Darlehen gewährt, ohne daß Gleißner in der Lage war, diese Kredite zurückzahlen zu können. Pernetta wollte, um sein Geld zu retten, gegen den Geschäftsfreund gerichtlich vorgehen, stand aber auf Bitten seiner Ehefrau von entscheidenden Schritten ab. Am 12. Mai 1927 kam Frau Pernetta in großer Aufregung auf das zuständige Polizeirevier gelaufen und gab dort an,

ihr Mann habe in der Wohnung Selbstmord verübt.

Mehrere Beamte begaben sich an den Tatort und man fand hier den Fruchtgroßhändler tot auf. Die Obduktion ergab, daß Pernetta an einem Herzschuß verstorben war. Auf dem Schreibtisch fand man einen von Pernetta geschriebenen Abschiedsbrief, in dem er mitteilt, daß er aus Lebensüberdruß Selbstmord begehe. Zunächst schien ein Selbstmord unzweifelhaft. Die Leiche wurde freigegeben. Die Aufsichtsbehörden schöpften keinerlei Verdacht. Erst nach der Beerdigung kamen Zweifel, als man feststellte, daß die Waffe nicht Pernetta, sondern Gleißner gehörte. Man forschte nun weiter und dabei stieß man auf die Tatsache, daß Gleißner große Summen an Pernetta schuldete, die er nicht zurückzahlen konnte und daß ferner von mehreren Personen behauptet wurde, Frau Pernetta unterhalte Beziehungen mit Gleißner.

Die Polizei verhaftete darauf Gleißner und Frau Pernetta am 21. Januar dieses Jahres, mußte aber beide wieder wegen mangelnder Verdachtsmomente auf freien Fuß setzen. Inzwischen beobachtete die Polizei die beiden Verdächtigen weiter. Der Verdacht bestärkte sich, als Gleißner und Frau Pernetta in der Zentralmarkthalle ihre Stände zusammenlegten und nun den Fruchtgroßhandel unter einer gemeinsamen Firma betrieben. Die Polizei hatte anfangs Zweifel, ob der Abschiedsbrief Pernettas auch wirklich von ihm selbst geschrieben sei. Man nahm an, daß hier eine geschickte Fälschung vorliege. Eine Untersuchung durch Sachverständige ergab aber unzweifelhaft, daß der Brief echt sei. Da aber der Tod mit den äußeren Lebensumständen des Großhändlers nicht in Uebereinstimmung zu bringen war, stand man zunächst vor einem Rätsel.

Plötzlich bekundete ein Zeuge, daß der Großhändler vor seinem Tode ihm erzählt habe, daß er einen Mordfilm schreibe.

Nun tauchten gewisse Kombinationen auf. Die Polizei nahm Haussuchungen sowohl bei Pernetta als auch bei Gleißner vor. Zu ihrer größten Ueberraschung fanden die Beamten bei Gleißner ein von Pernettas eigener Hand geschriebenes Filmmanuskript, in dem ein Mord geschildert wird, den ein Freund der Frau ausführt. In diesem Film kommt dann auch der Abschiedsbrief eines Mannes vor, der sich das Leben nehmen will, und

diese Seite fehlt in dem Manuskript.

Man verglich sofort den Abschiedsbrief und da ergab sich, daß der Abschiedsbrief Pernettas ein Teil des von ihm verfaßten Filmmanuskripts war. Auf Grund dieses überraschenden Fundes verhaftete die Polizei auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Frau Pernetta und Gleißner. Interessant ist übrigens, daß die zuständigen Behörden in diesem Falle mit äußerster Vorsicht vorgegangen sind. Wie wir von bestunterrichteter Seite erfahren, hat man mit Rücksicht auf die Fälle Jakubowski und Leister gezögert, zuzufassen. Der jetzt amtierende Richter glaubte jedoch genügend Verdachtsgründe zu haben, die eine Inhaftierung rechtfertigten, und ordnete daher die Festnahme an.

Die Verbindung der Insel Rügen mit dem Festland.

Dieser Tage ist in Berlin zwischen der preußischen Regierung und der Reichsbahn die Entscheidung zugunsten des geplanten Baues des Rügendammes gefallen, der, ähnlich wie bei der Insel Sylt, Rügen mit dem Festland verbinden wird. Die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt dazu folgendes: Im Gegensatz zu dem Sylter Damm, der nur für eine zweispurige Bahn Platz bietet, wird der Rügendamm mit einer Breite von 20 Meter nicht nur für eine zweispurige Bahnanlage, sondern auch noch für Auto-, Wagen- und Fußgängerverkehr Platz bieten. Er wird zweimal durch Klappbrücken in einer Länge von je 30 Meter unterbrochen werden, um den Schiffsverkehr nach dem Stralsunder Hafen usw. zu sichern. Die Ueberwasserhöhe des Dammes soll 7 Meter betragen. Er soll östlich von Stralsund in Verlängerung der Bahnlinie Berlin—Stralsund das Festland verlassen und in gerader Linie auf die Bahnstrecke Altefähr—Bergen—Saßnitz verlaufen, wobei der bisherige Bahnhof Altefähr nicht berührt wird. Ebenso wird die kleine Insel Dänholm nicht berührt; sie erhält jedoch eine Querverbindung zum Rügendamm. Die Kosten des Baues sind auf 18 Millionen Mark veranschlagt, wovon die Reichsbahn 12 Millionen zu tragen bereit ist. Die restlichen 6 Millionen werden vom preußischen Staat, der Provinz Pommern, den Gemeinden und Kreisen übernommen. Mit den Vorarbeiten soll sobald wie irgend möglich begonnen werden.

Poincaré über die Stabilisierung der Währung.

:: **Paris**, 21. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer ergriff Poincaré das Wort, um in Fortsetzung der Diskussion der Interpellationen über die Finanz- und die allgemeine Politik der Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Stabilisierung der Währung, namentlich über die Finanzfrage Erklärungen abzugeben. Er begann damit, daß er diejenigen ironisierte, die die Regierungserklärung zwar als zu umfangreich bezeichnet haben, aber doch noch Aufklärung forderten. Der Redner der Sozialisten habe vor allem versucht, die Radikalen zu spalten und sie für den Kampf gegen die nationale Einigkeit zu gewinnen. Vincent Auriol habe die Finanzpolitik der letzten Jahre bekämpft, aber die Erfahrung habe doch bewiesen, daß man zu einem Ergebnis gelangt sei. Im Jahre 1924 sei er (Poincaré) zurückgetreten, weil die Wähler sich gegen ihn ausgesprochen hätten. Jetzt habe die Regierung keine Veranlassung gehabt, zurückzutreten, weil man die Solidarität, die die Minister untereinander verbinde, nicht habe brechen wollen. Wenn die Kammer die Geschäfte einer neuen Regierung übertragen wolle, stehe ihr das frei. Aber man möge das erst in der kommenden Woche tun, da in zwei Tagen dem Parlament ein wichtiges Gesetz über die Währungspolitik unterbreitet werde. Als die jetzige Regierung ans Ruder gekommen sei, habe sie nicht verheimlicht, daß sie eine ernste Partie spiele. Ohne seine Verpflichtungen zu verleugnen, habe Frankreich der Welt inzwischen den Beweis seiner Loyalität gegeben. Die Regierung habe andererseits auch die schwebende Schuld in beträchtlichem Maße verringert. Viele Kapitalisten, die ihr Geld ins Ausland zu bringen pflegten, seien nach Wiedergewinnung des Vertrauens anderer Ansicht geworden. Seit 18 Monaten — das müsse man zugestehen — habe die Bank von Frankreich immer intervenieren müssen, um die tatsächliche Stabilisierung nicht zu gefährden. Poincaré ging dann näher auf den Mechanismus dieser Organisation ein.

Poincaré stellte weiter fest, daß die Hausse-Spekulationen auf den Franc zu einer Vermehrung des üblichen gedeckten Notenumlaufes geführt habe. Die Höhe des Notenumlaufes drohe eine Steigerung der Lebensmittelpreise nach sich zu ziehen, ohne Stabilisierung werde die Bank von Frankreich große Schwierigkeiten haben, die Spekulation einzudämmen. Poincaré erklärte alsdann, daß er eigentlich Anhänger einer teilweisen Revalorisierung sei, aber diese würde die wirtschaftliche Lage des Landes beunruhigen; außerdem würden dadurch die Einnahmen des Schatzamtes verringert, was eine Erhöhung der Lasten zur Folge habe. Eine Revalorisierung würde auch eine Herabsetzung der Beamtengehälter und der zu zahlenden Pensionen im Gefolge haben. Aus allen diesen Gründen habe die Regierung sich für die Stabilisierung entschieden.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung verbreitete sich Poincaré im zweiten Teil seiner Rede eingehend über die Frage der interalliierten Schulden und erklärte unter dem lebhaften Beifall aller Gruppen von der Rechten bis zur äußeren Linken, daß keine Rede davon sei, die Abkommen von London und Washington ohne Vorbehalt zu ratifizieren. Wir haben, so meinte Poincaré, bisher alle Termine eingehalten, und ich hoffe, daß wir darin fortfahren können, wenn die Möglichkeit einer Gesamtregelung der internationalen Schulden ins Auge gefaßt werden soll, so wären wir sehr gern zu einer sehr gründlichen Prüfung der Frage bereit unter der Bedingung, daß die Interessen Frankreichs nicht verletzt werden.

Poincaré ging hierauf auf die Auswirkungen der Stabilisierung auf die schwebende Schuld ein und stellte fest, daß die auswärtige schwebende Schuld vollkommen getilgt sei und daß die innere schwebende Schuld von 94 auf 75 Milliarden herabgesetzt werden konnte.

Als Poincaré in der Frage der Stabilisierung eine Politik der Einigkeit forderte, kam es zu scharfem Wortwechsel zwischen den Sozialisten und Abgeordneten der Rechten. Poincaré verwies darauf, daß die deutschen Sozialdemokraten mit Abgeordneten anderer Parteien in diesem Augenblick über die Regierungsbildung verhandelten. Die Haltung der französischen Sozialisten sei wohl nur aus einem wohlüberlegten Opportunismus heraus zu verstehen.

Nach der Beendigung der Rede Poincarés wurde die Fortsetzung der Aussprache auf Mittwoch vertagt. Die nächste Kammersitzung findet am Sonnabend um 5,30 Uhr nachmittags zur Entgegennahme des Stabilisierungs-Gesetzentwurfes statt.

Der japanische Geheimvertrag mit Tschangtsolin.

— **London**, 21. Juni. Die chinesische Presse veröffentlicht, wie der „Daily Herald" berichtet, den Text eines am 19. März zwischen Marschall Tschangtsolin und Japan abgeschlossenen Geheimvertrages, der 8 Klauseln enthält und in der Hauptsache folgende Bestimmungen vorsieht:

1. Im Interesse der Bekämpfung der Bewegung des Bolschewismus erhält Japan zur Unterstützung der chinesischen Regierung das Recht der Truppenentsendung nach China.
2. Die militärischen Ausgaben werden hierbei von beiden Vertragspartnern zu gleichen Hälften getragen und sollen die Ausrüstung mit Munition für die japanischen Truppen einschließen.
3. Japan soll erlaubt sein, in der Mandschurei drei Eisenbahnlinien zu bauen, und die japanische Regierung wird hierfür einen Betrag von annähernd 2 272 000 Pfund aussetzen.
4. China räumt Japan eine vorherrschende Stellung in den Provinzen Fougtien, Kirin, Kei Long Kiang, der Mongolei, Schantung und Fengtien ein.
5. Die chinesische Regierung verpflichtet sich, in den sechs genannten Provinzen keine ausländischen Konzessionsgebiete zuzulassen.
6. Die Häfen von Dairen und Port Artur mit ihrer Umgebung, ebenso wie Kuan Tung, verbleiben in japanischem Besitz.
7. Tsingtau und die Bucht von Kiautschou wird Japan für 99 Jahre überlassen.
8. Keine weiteren Eisenbahnlinien sollen parallel der südmandschurischen Eisenbahn gebaut werden.

Weiter soll der Vertrag Bestimmungen enthalten über die 21 japanischen Forderungen, wie sie im Januar 1915 festgelegt und unter dem Druck Japans von dem damaligen chinesischen Präsidenten Juangshikai angenommen wurden. Der Vertrag soll von japanischer Seite durch den japanischen Gesandten in Peking, Joshizawa, und für Tschangtsolin durch General Juanyufing unterzeichnet worden sein.

Der Tod Tschangtsolins offiziell bekanntgegeben.

:: **Schanghai**, 21. Juni. Der Tod Tschangtsolins ist den Generalkonsulen in Mukden heute offiziell bekanntgegeben worden. Die Beisetzung wird am Sonnabend stattfinden.

Eine Wendung in der Lage in Mukden.

!! **Paris**, 21. Juni. Die Agentur Indo-Pacific meldet aus Tokio: Da General Tschangtschuliang nach Mukden zurückgekehrt ist, um mit den japanischen Behörden zu verhandeln, spricht man von einer unerwarteten Wendung der Lage. Von anderer Seite wird gemeldet, daß General Yangtsufing in Lautschau ermordet worden sei.

Haussuchung im sowjetrussischen Konsulat in Tientsin.

◇ **Tientsin**, 21. Juni. 350 chinesische Polizisten unternahmen gestern Abend eine Haussuchung im sowjetrussischen Konsulat. Es wird angedeutet, die Polizei hoffe, Beweismaterial für eine Beteiligung der Sowjets an dem Bombenanschlag gegen Tschangtsolin zu finden.

Wie Maddalena Nobile fand.

Kingsbay, 20. Juni. Major Maddalena kehrte heute um 12,30 Uhr mittags von seinem Erkundungsfluge über die Foyn-Insel nach Kingsbay zurück. Er berichtete, daß er mit seinen Bemühungen von Erfolg gekrönt war, und sein Bericht ist von General Nobile selbst bestätigt worden. Dank der Erfindungsgabe des Kapitäns Romagna konnte Major Maddalena heute morgen einen Radioapparat mit an Bord seines Flugzeugs nehmen, der in jeder Beziehung mit dem übereinstimmt, den General Nobile gebraucht. Auf diese Weise konnte eine ununterbrochene Verbindung zwischen dem „Savoia"-Flugzeug und Nobile hergestellt und aufrechterhalten werden von dem Augenblick an, in dem Major Maddalena um das Nordkap herumflog, bis er mit einer Fallschirm 300 Kilo Vorräte und Ausrüstungsgegenstände über Nobiles Lager abgeworfen hatte. Sie enthielten alle notwendigen Gegenstände, um die General Nobile in seiner ersten aufrüttelnden Botschaft von seinem Lager in der Nähe der Foyn-Insel dringend gebeten hatte. Schuhe, Medikamente, drei Faltboote, ein Floß und Kochofen wurden über dem Lager abgeworfen. Major Maddalena stellt fest, daß er das rote Zelt, in dem sich die gestrandete Mannschaft aufhält, zwar nicht gesehen habe, dafür aber die Silhouetten von wenigstens drei Männern, die über das Eis liefen. Er fügt hinzu, daß bei gutem Wetter die Möglichkeit einer Landung auf einem Schneefeld in der Nähe von Nobiles Lager bestehe. General Nobile sandte die folgende Nachricht, welche allerdings sehr schwach war: „Wir haben die Pakete erhalten und versuchen sie einzusammeln."

Von Nah und Fern.

Großer Brand einer Autogarage.

:: **Berlin**, 21. Juni. Heute nachmittag brach in einer Großgarage in Steglitz aus noch nicht einwandfrei geklärter Ursache Feuer aus, das schnell größeren Umfang annahm. Die Feuerwehr gab aus 7 Rohren Wasser, sodaß der Brand bald gelöscht war. Immerhin sind durch den Brand 17 Kraftwagen zerstört worden.

Ein Bootsunglück auf dem Rhein.

Karlsruhe, 21. Juni. Drei junge Leute, die in der Nacht zum Dienstag von Kehl in einem Boot rheinabwärts fuhren, gerieten, wie erst jetzt bekannt wird, bei der Rheinbrücke Greffern-Drusenheim in einen Strudel, der das Boot an einem der Brückenpfeiler zerschellte. Die Insassen hielten sich an den Trümmern des Kahnes fest und trieben noch drei Kilometer flußabwärts, bis zwei von ihnen, da ihre Kräfte versagten, in den Fluten versanken. Der Dritte trieb noch eine Strecke weiter, wurde aber dann von der Strömung an Land geführt.

In der Lehmgrube verschüttet.

◆ **Freiburg**, 22. Juni. Ein schwerer Unglücksfall, der zwei Menschenleben forderte, ereignete sich gestern nachmittag am Kaiserstuhl. Ein Landwirt fuhr mit seinem acht Jahre alten Sohn und dem neunjährigen Mädchen eines Nachbarn in eine Lehmgrube, um dort Lehm zu graben. Plötzlich stürzte eine Böschung zusammen und begrub alle drei. Der Landwirt und sein Sohn konnten trotz sofortiger Hilfeleistung nur noch als Leichen geborgen werden, während das Mädchen beim Ausgraben noch Lebenszeichen von sich gab.

Auflösung der Königsberger Stadtverordnetenversammlung.

:: **Königsberg i. P.**, 20. Juni. Nachdem in zwei vorhergegangenen Stadtverordnetenversammlungen die Bewilligung des städtischen Etats an der durch die Linksparteien erfolgten Ablehnung des Kultusetats ohne gleichzeitige Erhöhung des Wohlfahrtsetats gescheitert war, hatte die Sozialdemokratische Partei zur heutigen Sitzung einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch die bürgerlichen Parteien stimmten für den Antrag mit der Begründung, daß in der bisherigen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung eine sachliche Erledigung der städtischen Aufgaben nicht mehr möglich sei.

Zusammenstoß mit Schmugglern an der polnischen Grenze.

:: **Rybnik**, 21. Juni. An der Grenze bei Knurow stieß ein Grenzposten auf eine Gruppe von Schmugglern, die auf seinen Anruf die Flucht ergriffen. Der Posten machte hierauf von der Waffe Gebrauch und tötete einen Schmuggler.

Eisenbahnunglück in Sowjetrußland.

:: **Moskau**, 21. Juni. Der Sebastopoler Schnellzug ist zwischen Moskau und Tula in der Nähe des Bahnhofs Taußkaja entgleist. Vier Personen wurden getötet, acht schwer und sechs leicht verletzt. Vier Eisenbahnwagen wurden zertrümmert.

Großfeuer in Damaskus.

× **London**, 21. Juni. In Damaskus wütet zurzeit ein Großfeuer, welches sich in Richtung auf die Zitadelle fortbewegt. Ueber 100 Häuser sind bereits dem Brande zum Opfer gefallen.

Verstärkung der Fundamente des schiefen Turmes von Pisa.

+ **London**, 21. Juni. Den Blättern zufolge hat eine britische Zementgesellschaft in Doncaster Auftrag erhalten, die Fundamente des schiefen Turmes von Pisa zu verstärken, um dadurch ein weiteres Zurseitesinken des Turmes zu verhindern.

Explosion mehrerer Pulverlager.

)(**Allentown** (Pennsylvania), 21. Juni. Kurz nach Mitternacht explodierten mehrere Pulverlager der Trojan-Pulverfabrik. In der ganzen Stadt wurden die Erschütterungen heftig verspürt. Der Schaden ist beträchtlich. Verluste an Menschenleben sind nicht gemeldet worden.

Weitere Todesopfer des Explosionsunglücks in Mexiko.

◆ **Mexiko**, 21. Juni. Die Kesselexplosion in einer Wäscherei, über die kurz berichtet wurde, hat weitaus mehr Todesopfer gefordert, als zunächst angenommen worden war. Bei den Aufräumungsarbeiten wurden 31 Leichen geborgen. Die Explosion des Dampfkessels war durch die Nachlässigkeit eines betrunkenen Heizers verschuldet.

Das Räuberunwesen in Mexiko.

— **Veracruz**, 21. Juni. Der spanische Farmer Luciano Mejido ist in die Hände von Banditen gefallen, die ein Lösegeld von 12 000 Dollar verlangen und drohen, bei Verweigerung des Lösegeldes ihren Gefangenen zu ermorden. Der spanische Gesandte hat beim Ministerium des Auswärtigen nachdrückliche Schritte in dieser Angelegenheit unternommen.